

Saale-Zeitung.

Zweimalwöchentliches Jahrgang.

Angaben... Redaktion und Druck... Druckerei...

Nr. 595.

Galle a. S., Sonnabend, den 19. Dezember

1908.

Patientenbacher.

Provision für Patientenüberweisung.

Die Ärzteorganisationen sind anerkanntermaßen bemüht, unantere Praktiken aus dem Arzneiberuf zu verbannen. Umfomehr muß jetzt die Kunde Aufsehen erregen, daß in Berlin eine Anzahl Ärzte, sogar Professoren, sich nicht scheuen haben, für die Zurechnung von Patienten an Agenten, die ein „Konkulations-Institut“ gebildet haben, Provision zu zahlen.

Sanitätsrat Dr. Friedemann, der vom Verein Schöneberger Ärzte mit dem Referat über die Angelegenheit beauftragt war, hat festgestellt, daß Professoren für die Zuweisung von Patienten den Besitzern von Konkulationsbüros Gelder angeboten und gezahlt haben.

Wie die Angelegenheit im Auslande aufgefaßt wird, dafür gibt ein vom Sanitätsrat Dr. Friedemann mitgeteiltes, aus Berlin datierter Artikel der „Dessaer Zeitung“ Zeugnis, worin es heißt:

Auf die russischen Kranken, die während des Frühjahrs nach Berlin kommen, wird hier eine wahre Jagd eröffnet. Man fängt sie in Neuen, um sie dann nach allen Regeln der Kunst auszubeten. Und dieser Fremdenfang ist wohlorganisiert. Schon am Bahnhof Friedrichstraße werden die ankommenden Russen von einer Menge Agenten umringt, die sie vorerst für Pensionate und Hotels abfragen.

Dies der Inhalt des Artikels, der gewiß Uebertreibungen enthält, aber zweifellos keine Unrichtigkeiten behauptet, zumal von den Inhabern solcher Konkulationsinstitute selbst ausgehen würde, daß Professoren für die Ueberweisung wohlhabender ausländischer Patienten Gelder bezahlet oder angeboten haben.

schweren Mißstände zu erreichen, und erwarten, daß die Befehle der Professoren mit demselben Maßstab gemessen werden, wie eine aus Unvorsichtigkeit oder Unerfahrenheit hervorgegangene Ungeschicklichkeit eines unbetheilten Arztes.

Hoffentlich werden die schweren Anklagen, die der Verein Schöneberger Ärzte gegen einzelne Professoren und die Praktiken der Konkulationsinstitute erhebt, eingehend auf ihre Berechtigung untersucht werden. Dies ist notwendig sowohl im Interesse des Ansehens des deutschen Arzneifaches, das durch Duldung solcher Vorgänge im Auslande schwer geschädigt werden kann, als auch im Interesse der ausländischen Kranken, die voll Vertrauen nach Deutschland kommen.

Deutsches Reich.

Hef- und Personalnachrichten.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt die in der ausländischen Presse verbreiteten Gerüchte über eine bevorstehende Verlobung der Prinzessin Viktoria Luise mit dem König Manuel von Portugal als auf freier Erfindung beruhend.

Die Kreuzzeitung und die Kamarrilla.

In einer „In eigener Sache“ überschriebenen Notiz teilt die Kreuzzeitung ihren Lesern folgendes mit: „Anderer Gegner in der Presse bemerken sich, jedes Wort für den Kaiser, selbst wenn es im unpolitischen Zeile unseres Blattes keine Statt findet, mit einer angeblichen Hofkamarilla in Verbindung zu bringen und als ein verächtliches Eintreten für das „autokratische Regiment“ und damit als Gegnerschaft gegen den Reichstanzler Fürsten Bülow zu verächtlichen, wobei wir, um der Wahrheit die Ehre zu geben, bemerken müssen, daß der linksliberale Zeile der Wärrer sich an jenem Treiben beteiligt.

Wir wissen aber auch, daß unsere Haltung auch bei dem Reichstanzler als treuem Monarchisten volles Verständnis findet. Bei einer getragenen Unterredung mit dem Leiter unseres Blattes hat Fürst Bülow es weit von sich gewiesen, in unserem Eintreten für den Kaiser eine politisch gegen ihn gerichtete Spitze zu finden, und er hat uns ermächtigt, hieron Mitteilung zu machen.“

Zu diesen Ausführungen paßt es schlecht, daß die „Kreuzzeitung“ es war, die i. Zt. die Mitteilung verbreitete, gegen den Reichstanzler bestehende in höchsten Kreisen eine tiefe Mißstimmung. Tatsache ist auch, daß die Gegenpartei, die gerade in letzter Zeit gegen den Reichstanzler herortrat, aus dem Lager kam, das sonst in der „Kreuzzeitung“ seine publizistische Stütze hat.

Klerikale Klassenfreunde.

Die Bildungsfreundlichkeit gewisser klerikaler Kreise wird durch einen Vorkfall in Tübingen im bayerischen Schwaben illustriert, den die „Frankf. Ztg.“ mitteilt. Der Gemeindeverwaltung war eine Bisherige Sammlung von 400 Bänden unentgeltlich angeboten worden, um damit eine Volksbibliothek zu begründen. Da der Senator aber Vorstand des liberalen Vereins war, so machte die katholische Geistlichkeit und Presse sofort gegen die Spende mobil, wobei auch die Kleriker ihren besonderen Hieb abgaben. Sie seien nun dann für das Volk, wetteuerte man von den Rangeln und in den Spalten der „guten“ Wärrer, wenn sie purgirt und gereinigt würden. Das half denn auch; die Gemeindeverwaltung lehnte die Spende gütlich ab.

Fürjorge!

Die sozialdemokratische Freiheit wird wieder einmal drastisch illustriert durch folgende Meldung der „Freie Ztg.“: Den Bernburger „Genossen“ ist es von Parte wegen verboten worden, bürgerliche Wirtshäuser zu besuchen. In dem Flugblatte, in dem das Verbot bekannt gegeben wird, heißt es u. a.: Gleichgültig sind von heute ab Kontrolleure bestellt, die die bürgerlichen Lokale zu kontrollieren und die Namen der Kollegen festzustellen haben, die in jenen Lokalen verkehren.“

Allgemeine Mitteilungen.

Die Stadtverordneten von München-Glabach beschließen einstimmig die Einführung einer Wertzuwachssteuer.

Auf den deutschen Eisenbahnen wurden im November dreizehnmal aus dem Personenverkehr 47 286 071 Mt. oder 1769 623 Mt. mehr, pro Kilometer 955 Mt. oder 21 Mt. gleich 2,24 Proz. mehr; aus dem Güterverkehr 135 442 877 Mt. oder 8 947 408 Mt. weniger, pro Kilometer 2680 Mt. oder 223 Mt. gleich 7,68 Proz. weniger.

Bisher haben die Zehen des Bezirks Dortmund die Höhe nach wenig reduziert. Sie hatten auch keine Veranlassung dazu, da die Kohlenpreise nach wie vor hoch blieben. Bei der Regulierung der Gedinge am 15. d. Mts. sind aber auf manchen Zehen Vorkürzungen erfolgt, insbesondere auf solchen, die vom 1. Januar ab geringere Kohlenpreise vom Syndikat erhalten.

Ausland.

Die venezolanische Kriegserklärung ein Telegraphenfehler?

Nach Meldungen aus Washington o hat die Unionsregierung bisher noch keine amtliche Bestätigung von der Erklärung des Krieges seitens Venezuela an Holland erhalten, man betrachte jedoch, heißt es, die Nachricht als zutreffend. Solange es sich um eine bloße Blodade der Küste handelte, würden die Vereinigten Staaten in den Konflikt nicht eingreifen, dies vielmehr nur im Falle einer Truppenlandung tun.

Die Meldung, die in Washington eintraf, stammt von der amerikanischen Gesellschaft in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens und besagt:

Der kolumbianischen Regierung ist aus Caracas folgendes Telegramm zugegangen: „Angesichts der durchgeführten Blodade und der Wegnahme eines venezolanischen Schiffes mittels der Blodade hat das Haupt der venezolanischen Regierung, nachdem es die außerordentlichen Vollmachten zur Verteidigung des Landes übernommen hat, den Kriegszustand erklärt (has declared a state of war).“

Danach ist es möglich, daß die Annahme von einer Kriegserklärung auf einer irrtümlichen Auslegung dieses Textes beruht.

„State of war“ kann auch eine Art Belagerungszustand bedeuten, der anfänglich der inneren venezolanischen Unruhen verhängt worden ist. Vergleiche auch „Letzte Nachrichten“.

Castro vor dem Sturm?

Wie der Londoner Daily Chronicle aus Washington meldet, glaubt man in dem Ministerium des Aeußeren, daß die Partei Castros in kurzer Zeit vom Ruder entfernt werden wird und daß der Sturm Castro's nur noch die Frage weniger Tage sei. In den letzten Jahren hat nur die beherrschende Persönlichkeit Castros den erneuten Ausbruch eines Bürgerkrieges verhindern können. Seit seiner Abreise wartete die Gegenpartei nun auf den geeigneten Augenblick zum Vorgehen. Ihre Aktion ist durch das Verhalten der holländischen Schiffe, die den Transport venezolanischer Regierungstruppen längs der Küste verhindert haben und die Unterstützung von Curacao her sehr erleichtert worden.

Chinesische Kanonen gegen portugiesische Forts?

Der Londoner „Morning Leader“ meldet aus Lissabon, daß zwei chinesische Kanonenboote in den Hafen von Macao einführen, ohne die portugiesische Herrschaft anzuerkennen. Der portugiesische Gouverneur ließ sie durch Signal verhaften, sie mögen den Hafen wieder verlassen, sonst würde er sie zum Sinken bringen lassen. In Erwiderung der Drohung eröffneten die beiden chinesischen Kanonenboote Feuer auf die portugiesischen Befestigungen. Weitere Einzelheiten über den sonderbaren Vorkfall fehlen.

Die ganze Meldung ist äußerst unklar gehalten und bis zum Eintreffen einer amtlichen Bestätigung mit äußerster Skepsis aufzunehmen. Daß chinesische Kriegszüge es wirklich gewagt haben sollten, auf europäische Forts zu feuern, klingt wenig glaublich.

Die portugiesische Kolonie Macao an der Südküste Chinas in der Provinz Kwangtung liegt auf einer kleinen Halbinsel an der Mündung des Kantonflusses. Die Stadt Macao ist amphitheatralisch auf einer Hügelreihe erbaut, die bis zur Höhe von 100 Metern vom Strand aus ansteigt. Auf den höchsten Erhebungen sind mehrere Forts errichtet, die mit 488 Mann, darunter 164 Eingeborenen, besetzt sind, aber keine Bedeutung mehr haben.

Nach Verlust seines Handels an das günstig gelegene und mit bestem Hafen ausgestattete Hongkong hat Macao nur noch zwei allerdings sehr üppig fliehende Einnahmequellen: Opium und Glücksspiel. Die neuesten Spielhöhlen bringen laut „S. J.“ jährlich fast eine halbe Million Dollars. Mit diesen Einnahmen vermag der portugiesische Staat außer Macao noch seinen Kolonialbesitz im malayischen Archipel zu unterhalten und erzielt oben-dreien noch Einnahmen für den heimischen Staatshaushalt.

Vorfällen zur künftigen Parlaments-Eröffnung.

Die Thronrede des Sultans und der gelante Parlaments-Eröffnungssatz wird ausnahmslos sympathisch begrüßt.

Der Konstantinopler „Dumanijshe Logos“ nennt die Thronrede ein inhaltsvolles Dokument. Die Würdigung des bulgarischen und österreichisch-ungarischen Vorgehens werde nicht verschmähen und die darauf bezüglichen Worte atmen den Schmerz beladener Würde. Wichtig sei die Betonung eines guten Verhältnisses zwischen den Mächten und der Türkei. — „S. J.“ sagt, die Sprache der Thronrede über die auswärtige Politik sei referiert, möglicherweise aus Defektstoffe gegenüber dem anwesenden österreichisch-ungarischen Botschafter und Oesterreich-Ungarn überhaupt. Bemerkenswert sei, daß die Thronrede nicht von Kreta spreche, was aber nicht bejagen wolle, daß heute keine Kretafrage existiere. Das Blatt zieht den Schluß, daß die ottomanischen Rechte auf Kreta geschützt werden.

Der mittlere Londoner „Daily Chronicle“ ist voller Bewunderung für die türkische Thronrede: Die Einleitung, in der der Sultan seine Regierung beleuchtet, war ein wahres Meisterstück. In der kühnen Vorklärung der Herr Abdul Hamid







Berliner Börse, 18. Dez. 1938

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors like 'Börsennotierungen', 'Geldmarkt', 'Devisen', 'Kursnotierungen', and 'Wirtschaftliche Nachrichten'.